



Bauern übergeben Resolution an Bundesministerin Aigner

Bauern übergeben Resolution an Bundesministerin Aigner
Flächenstilllegung angesichts des Hungers auf der Welt unangebracht." (DBV) Landwirte aus der Region haben heute, am 28.09.2012, auf der Agrarministerkonferenz in Kloster Schöntal in Baden-Württemberg Bundesministerin Ilse Aigner eine Resolution stellvertretend für die deutschen Bauern übergeben, in der sie sich gegen die Vorschläge von EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș zur Flächenstilllegung wenden. Ab 2014 sollen sieben Prozent der Ackerfläche in jedem einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb als ökologische Vorrangflächen ausgewiesen werden. "Fruchtbare Ackerböden aus der Produktion zu nehmen, ist unangebracht und bei rund einer Milliarde hungernder Menschen auf der Erde völlig unverständlich", heißt es in der Resolution des Bauernverbandes. "Ackerflächen bewirtschaften statt stilllegen!" So lautete die Forderung der Bauern in der Resolution, die sie auch mit Plakaten unterstrichen. "Die Landwirte in Baden-Württemberg, in Deutschland und Europa wollen ihren Teil zur Welternährung beitragen und nicht zwangsweise stilllegen", erklärte der Vizepräsident des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg, Klaus Mugele. "Die Welternährung sichern, statt Flächen stilllegen", müsse die Devise lauten, betonte er gegenüber Aigner und Landesminister Bonde. Der Bauernverband spricht sich für ein "intelligentes Greening" aus. Das "Begrünen" der Ersten Säule der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik der EU müsse nicht nur den Anforderungen an Natur- und Umweltschutz, sondern auch der Konkurrenzfähigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen gerecht werden. Nur wettbewerbsfähige Betriebe könnten die Ansprüche der Gesellschaft erfüllen. Zu "intelligentem Greening" gehören für den Bauernverband auch moderne technische Verfahren wie der Einsatz von Global Positioning System (GPS) zur Düng- und Pflanzenschutzoptimierung im Ackerbau. Die deutschen Landwirte fordern EU-Parlament, Agrarministerrat und EU-Kommission auf, die Greening-Vorschläge nochmals grundlegend zu überarbeiten. Zusätzliche Verbote und Reglementierungen lehnen sie. Stattdessen benötigen die Höfe Unterstützung, damit die heimische Land- und Forstwirtschaft im Wettbewerb gestärkt werde. Dazu müssten die Leistungen der Landwirte belohnt und Innovationen gefördert werden. Während der Übergabe der Resolution signalisierte ein mehrere Meter langer, von einem Flugzeug gezogener Werbebanner mit der Aufschrift "Bauern gegen Flächenstilllegung" hoch über dem Tagungsort der Agrarminister des Bundes und der Länder die eindeutige Forderung der deutschen Landwirtschaft.
Kontakt: Deutscher Bauernverband (DBV)
Claire-Waldorff-Straße 7
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/ 31904-239
Telefax: 030/ 31904-431
Mail: presse@bauernverband.net
URL: <http://www.bauernverband.de>  http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_509295

Pressekontakt

Deutscher Bauernverband (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband (DBV)

10117 Berlin

bauernverband.de
presse@bauernverband.net

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.